

2023/G/3

Beschluss

Überweisung an die Landtagsfraktion, sowie als Material an den Mitmachkongress

Gleiche Arbeit, gleicher Lohn: Einbesoldung von Grundschullehrer*innen auf A13

In Summe gibt es viele verschiedene gute Gründe, die Anpassung der Besoldung von allen Lehrer*innen auf das Niveau der Gymnasialbesoldung (von A12 auf A13) bei der Einbesoldung zu unterstützen. Gerechtigkeit, Attraktivität des Berufs, Qualität der Bildung, Zukunftsfähigkeit des Bildungssystems, um nur einige wenige zu nennen. Für uns Sozialdemokrat*innen kommt noch ein besonders wichtiger hinzu: gleiche Arbeit, gleicher Lohn! Für uns war das schon immer und ist auch weiterhin ein entscheidender Grundsatz unserer Überzeugungen und unseres Selbstverständnisses. Als Jusos innerhalb der Sozialdemokratie streiten auch wir für faire Bezahlung für gute Arbeit in allen Bereichen. Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass Grundschullehrkräfte unfassbar wichtige Arbeit leisten, die grundlegenden Fundamente für unsere Kinder und ihren weiteren Bildungsweg bereiten. Diese Arbeit gestaltet sich im Konkreten zwar anders als jene an weiterführenden Schulen, doch sie ist auf keinen Fall weniger anspruchsvoll- oder wertvoll! Beide Arbeitsbereiche verdienen gleichermaßen Würdigung. Das soll sich auch beim Gehalt ausdrücken, eine Forderung, die von der GEW ausdrücklich unterstützt und vorangetrieben wird. Uns allen ist zudem die Problematik des Gender- pay- Gap bewusst, dessen Bekämpfung gerade wir Jusos uns auf die rote Fahne geschrieben haben. Denn besonders Frauen, die Stütze aller sozialen Arbeit in unserem Land, sind es, die besonders unter dieser Ungerechtigkeit leiden. Denn der Anteil von Frauen an erfolgreich abgeschlossenen Lehramtsprüfungen im Primarbereich beträgt unfassbare 89% (vgl. Gymnasium 58,2%)! Wie können wir behaupten, dass wir Frauen unterstützen und stärken wollen, wenn wir es nicht mal bei denjenigen mit Master- Universitätsabschluss schaffen, welche in einem Berufsfeld mit schier endlosem Fachkräftemangel schaffen? Die Arbeit von Grundschullehrer*innen ist genauso wichtig und anspruchsvoll wie die von Lehrer*innen an weiterführenden Schulen, wenn nicht sogar wichtiger und schwieriger, da sie mit Schüler*innen arbeiten, deren Entwicklung in Können, Wissen und Persönlichkeit noch weit weniger gefestigt ist. Gleiches gilt für die anderen Schularten. Zudem fehlen uns an allen Ecken und Enden Lehrkräfte. Besonders an Schularten, welche nicht das Gymnasium sind, ist dies verstärkt der Fall, wie das Bildungsministerium Rheinland-Pfalz selbst in einem Dokument an Student*innen, welche sich mit dem Gedanken tragen, Lehramt zu studieren, ausweist, indem es die mittel- und langfristigen Einstellungsaussichten einordnet. Eine höhere Besoldung trägt zudem dazu bei, dass der Lehrberuf in anderen Schularten als der gymnasialen in gleicher Weise attraktiv wird. Jedoch geht es hierbei nicht nur um die schlechtere Bezahlung, sondern

auch um die zusätzliche Arbeitszeit. Das Wochendeputat von Gymnasiallehrern beträgt 24 Wochenstunden à 45 Minuten, das Deputat der Grundschullehrer 25 à 50 Minuten. Dies macht bereits in einer Woche einen Unterschied von 1250 Minuten zu 1080 Minuten, aufs Jahr hochgerechnet (52 Wochen) einen Unterschied von 8960 Minuten. Diese Mehrleistung wird als Dank auch noch schlechter bezahlt! So könnten ebenfalls mehr qualifizierte Lehrer*innen motiviert werden in diesem Bereich tätig zu werden, beziehungsweise mehr Student*innen ein hierauf spezialisiertes Lehramtsstudium aufnehmen. Indem wir in die Ausbildung und Bezahlung von Lehrer*innen investieren, investieren wir direkt in die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes!

Wir fordern daher:

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz soll die ungleiche Bezahlung der Lehrkräfte verschiedener Schularten beenden. Folgend fordern wir Grundschullehrer*innen sowie Lehrer*innen an Gesamt-, Realschulen und Realschulen plus ebenfalls bei Berufseinstieg wie Gymnasiallehrer*innen und Berufsschullehrer*innen in A13 einzubesolden. Des Weiteren fordern wir eine Verkürzung des Wochendeputats für alle Lehrer*innen auf 24 Schulstunden. In 11 Bundesländern ist A13 für Grundschullehrkräfte bereits Realität, in zwei weiteren ist es teilweise umgesetzt. Schlusslichter sind Baden-Württemberg, das Saarland und Rheinland-Pfalz. Zuletzt hat mittlerweile selbst die CDU in Rheinland-Pfalz die hier zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit erkannt und eine höhere Besoldung Anfang 2023 im Landtag beantragt, was von der SPD abgelehnt wurde. Dieses Verhalten der SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag sowie der verantwortlichen SPD geführten Ministerien ist beschämend und entspricht nicht sozialdemokratischen Grundwerten. Hier muss eine grundlegende Kehrtwende erfolgen hin zu mehr Gerechtigkeit und Gleichbehandlung der verschiedenen Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz!

Literaturverweise

- GEW zum A13 an Grundschulen (abgerufen am 18.6.2023 - 18.:12 Uhr von <https://www.gew.de/ja13/a13-stand-der-dinge>)
- CDU Fraktion RLP, Drucksache 18/5270, Mainz, 2023.
- Mittel- und langfristige Einstellungschancen ins Lehramt laut Aussage des Bildungsministeriums RLP (abgerufen 24.02.2023 – 11:50 von <https://bm.rlp.de/de/bildung/schule/lehrerin-oder-lehrer-werden/>)

Der Antrag der Jusus RLP wurde am 6.11.2024 auf dem Landesparteirat behandelt und an die Landtagsfraktion überwiesen. Ebenso wurde der Antrag als Material an den Mitmachkongress zur Vorbereitung auf die Landtagswahl überwiesen.

Überweisen an

Landtagsfraktion, Mitmachkonferenz zur Vorbereitung auf die Landtagswahl 2025